

## Verzicht auf Lohnerhöhung

**CABLEX** Die Swisscom und die Gewerkschaften haben sich über die Anstellungsbedingungen bei der im Festnetzbau tätigen Calex AG geeinigt. Konkret wurden ein Vertrag über den Anschluss von Calex an den verlängerten Gesamtarbeitsvertrag (GAV) Swisscom für 2004 und ein Firmen-GAV Calex für die Jahre 2005 und 2006 ausgehandelt. Danach verzichteten die 560 Angestellten in den nächsten zwei Jahren auf Lohnerhöhungen. Zudem sollen Saläre, die deutlich über dem Durchschnitt liegen, individuell bis maximal 4,5 Prozent gesenkt werden. Im Gegenzug sichert Swisscom allen Angestellten bis Ende 2005 die Beschäftigung zu.

Zudem einigten sich die Sozialpartner darauf, dass die Calex auch nach Ablauf der Beschäftigungsgarantie alles tun werde, um die Arbeitsstellen zu erhalten. Eine zentrale Rolle kommt auch der Einführung von Arbeitszeitmodellen auf freiwilliger Basis zu. So können Mitarbeiter ihre wöchentliche Arbeitszeit auf 36 Stunden senken, Mitarbeiter ab 50 Jahren sogar auf 32 Stunden. Calex beteilige sich zu 50 Prozent an der Finanzierung der Arbeitszeitmodelle. Die Vereinbarung wird zudem mit einem Fonds für Härtefälle ergänzt. (ap)

## Aufwind dank Börsenerholung

**ZKB** Dank dem Rückenwind der Börse hat die Zürcher Kantonalbank (ZKB) ihr Tief überwunden. Nach neun Monaten liegt der Bruttogewinn mit 509 Mio Franken 16,8 Prozent über dem Vorjahresstand. Sofern unliebsame Überraschungen ausblieben, werde der Bruttogewinn Ende Jahr markant über den 588 Mio Franken des Vorjahres liegen, sagte gestern ZKB-Direktor Hans Vögeli vor den Medien.

Anders als in früheren Quartalen verdankt die ZKB das bessere Abschneiden nicht nur Sparmassnahmen, sondern auch höheren Erträgen. Wichtigste Triebfeder war die Erholung der Finanzmärkte: «Die Bullen sind wieder an die Börse zurückgekehrt», sagte Vögeli. Der Handelserfolg verdreifachte sich auf 102 Mio Franken. Die Übernahme der Visiongesellschaften von Martin Ebner beginnt sich zu rechnen: Der Beteiligungsertrag stieg von 9,5 auf 32 Mio Franken. Der Zinsertrag litt dagegen unter den historisch tiefen Sätzen und schrumpfte um 6,6 Prozent auf 690 Mio Franken.

Die ZKB schafft neu einen Prüfungs-, Risiko- und Entschädigungsausschuss. Die umstrittenen Boni an den Bankrat werden abgeschafft. Damit erhofft sich die Bank eine Entpolitisierung der Aufsicht. (ap)

## Handy-Verkäufe markant höher

**MOBILTELEFONIE** Der weltweite Verkauf von Handys ist deutlich gestiegen. Insgesamt sollen 2003 laut einer Studie des US-Marktforschungsinstituts Strategy Analytics weltweit 492 Mio Mobiltelefone verkauft werden. Die bisherige Prognose des Instituts hatte bei 455 Mio gelegen. 2002 waren 429 Mio Handys verkauft worden.

Das Institut begründet die neue Schätzung mit dem erwarteten Zuwachs in Schwellenländern wie Russland, China und Indien sowie in den etablierten Mobilfunkmärkten in Europa, den USA und Asien. Die Statistiken der Hersteller weisen für das 3. Quartal Verkäufe von 132 Mio Handys aus, nach 109 Mio im Vorjahreszeitraum. Die führenden Handyhersteller rechnen mit einem Jahresabsatz von 460 Mio Mobiltelefonen. (sda)

# Atmosphäre für Klimageschäfte

Weltbank und Finanzbranche setzen auf den **Handel mit Emissionszertifikaten**, Umweltschützer applaudieren

*Als erster Schweizer Konzern hat sich die Swiss Re verpflichtet, kohlendioxidneutral zu werden. Das Motiv ist evident: Die Industrie sucht nach Wegen, ihre Treibhausgase zu reduzieren. Die Finanzbranche hilft gerne.*

MATTHIAS KNECHT

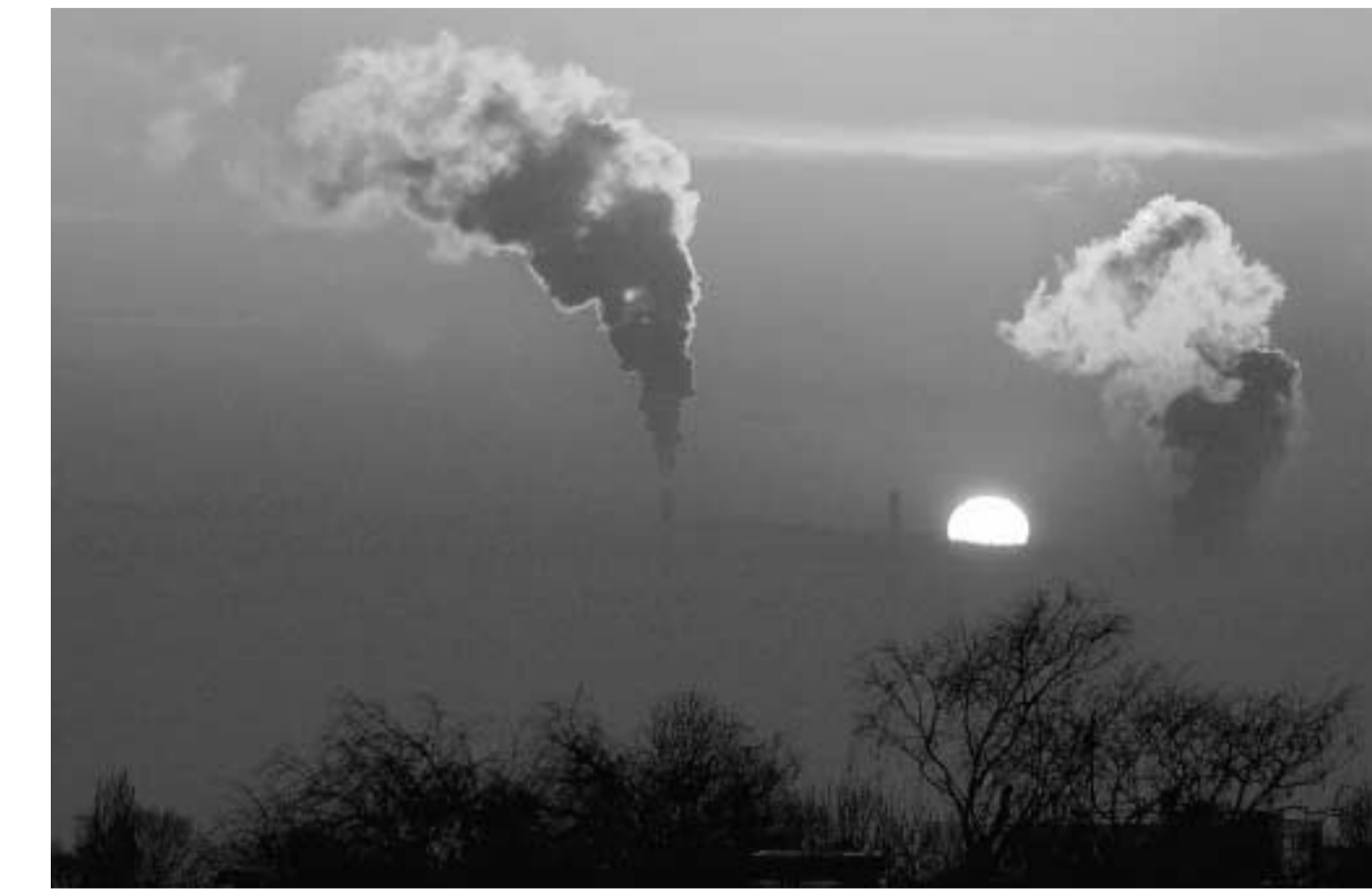
Der Industrie scheint es ernst zu sein. Ein weltweit operierendes Logistikunternehmen arbeitet derzeit daran, seine Lieferdienste treibhausgasneutral anzubieten. Die Autoproduzenten tüfteln daran, den Ausstoss ihrer Gefährte an Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) zu senken, sei es freiwillig oder weils das Gesetz vorschreibt. Der Druck der Kunden tut sein Übriges. Eine europäische Fluggesellschaft hat dem Unternehmen nach bereits Pläne in der Schublade, ihren Vielfliegern treibhausgasneutrale Flugtickets anzubieten.

Ein Wunder der Ingenieurskunst? Keinesfalls. Wo die Technik versagt, hilft die Finanztechnik. Wie das gehen soll, exerzierte gestern die Swiss Re vor. Am Rande einer von ihr zum Thema Treibhausgase initiierten Konferenz gab der Rückversicherer bekannt, innert 10 Jahren CO<sub>2</sub>-neutral zu werden. Derzeit belastet jeder der weltweit 8500 Mitarbeiter der Swiss Re die Atmosphäre mit durchschnittlich 5,5 Tonnen CO<sub>2</sub> im Jahr. 43 Prozent davon entfallen auf Dienstreisen, der Rest auf Strom und Heizung.

### Ein Ablastbrief fürs Klima

Durch bessere Technik kann der Rückversicherer 15 Prozent CO<sub>2</sub> einsparen. Für die restlichen 85 Prozent, mithin 37 000 Tonnen im Jahr, erwirbt die Swiss Re Ablastbriefe beim Karbonfonds der Weltbank. Kostenpunkt: 2,5 Mio Dollar. Der Fonds wiederum setzt die Mittel für Klimamassnahmen in Entwicklungsländern ein. Unterm Strich also ist die zusätzliche Belastung der Atmosphäre null. Das Bindeglied zwischen den Luftverschmutzern in der Industrie und den Aufrostern im Süden bildet der «Clean Development Mechanism» (CDM), wie das Verfahren zur Erstellung der Ablastbriefe heisst.

Ken Newcombe, Direktor des Karbonfonds der Weltbank, bezeichnet ein rapide steigendes In-



Für reuige **Klimasünder** gibts den Ablastbrief. Er reinigt den Himmel und füllt irdische Kassen.

KEYSTONE

teresse an den CDM. 420 Mio Dollar seien per Ende 2002 gezeichnet gewesen, 600 bis 750 Mio Dollar dürften es per Ende 2003 sein. Mittelfristig hofft Newcombe, das Geschäft mit den Zertifikaten Privaten überlassen zu können.

### Kyoto lebt doch

Die Banken, Investmentbanken und Versicherer bauen bereits Abteilungen für den Handel mit den Zertifikaten auf, wie gestern Mark Nicholls, Verleger der Fachzeitschrift «Environmental Finance», am Rande der Konferenz sagte. Die Voraussetzungen für den Handel schätzt die Finanzbranche gut ein: • Per 2005 wird die EU einen Handel von Emissionszertifikaten zwischen schätzungsweise 14 000 der CO<sub>2</sub>-intensiven Betrieben einführen. Betroffen sind Kraftwerke, Raffinerien, Stahlwerke, Papierhersteller oder Zementfabriken. • Das Kyoto-Protokoll sieht eine Reduktion der Treibhausgase um 5 Prozent bis 2012 vor, verglichen mit dem Niveau von 1990. Ausdrücklich vorgesehen ist dabei auch ein Handel mit Verschmut-

zungsrechten. Zwar hat der grösste CO<sub>2</sub>-Emittent, die USA, die Ratifizierung verweigert. Doch führen Europa, Japan, Kanada und Australien den Kyoto-Kurs fort.

• Signal für einen entstehenden CO<sub>2</sub>-Markt ist schliesslich, dass in Chicago diesen Monat eine eigene Börse den Handel mit Verschmutzungsrechten aufgenom-

men hat, die «Chicago Climate Exchange».

### Wenn das WEF mit dem WWF . . .

Ebenfalls an der Etablierung eines Marktes für Treibhausgas-Emissionen arbeitet das World Economic Forum (WEF). Dessen Kodirektor José-María Figueres baut ein weltweites öffentliches

Register auf, in welchem Konzerne die Bilanz ihrer sechs wichtigsten Treibhausgase eingeben können, mit Unterstützung des WWF und des World Resources Institute.

### Projekte im Süden gesucht

«Wir müssen aus der Umwelt ein gutes Geschäft machen», sagte Figueres gestern. Er war bis 1998 Präsident von Costa Rica. Dort hofft man mehr als in anderen Entwicklungsländern auf den Zertifikatehandel – bedeutet das doch, für den Erhalt seiner Natur vom Weltmarkt bezahlt zu werden.

In einem Pilotprojekt der Weltbank kaufte Holland letztes Jahr Costa Rica Verschmutzungsrechte ab. Dort allerdings sieht man die Unterstützung aus dem Norden nur als symbolisch, wie ein Experte gestern bemängelte. Insbesondere die EU zeigt sich sehr restriktiv. Denn sie wünscht nicht nur vorhandenen Urwald zu schützen, sondern zusätzliche Reduktionen von CO<sub>2</sub> zu erzielen. Und das wird schwierig. Gelingt das aber nicht, mutieren die CO<sub>2</sub>-Zertifikate bald zu einem faulen Ablasthandel.

## Darfs auch eine Tonne mehr sein?

Wie viel kostet es, eine Tonne Kohlendioxid in die Atmosphäre zu blasen? Der Karbonfonds der Weltbank hat zuletzt 3,50 bis 4,20 Dollar je Tonne verrechnet. Die Zürcher Emissionshandelsexperte Jürg Grütter geht von 2 bis 5 Dollar je Tonne CO<sub>2</sub> aus. Entscheidend wird dabei sein, wie weit sich noch einzelne Staaten oder Branchen der USA zu CO<sub>2</sub>-Reduktionen verpflichten und welche Strategie Russland fährt. Dieses verfügt über viele Ver-

schmutzungsrechte, im Fachjargon «heisse Luft» genannt.

Ist der Preis für eine Tonne CO<sub>2</sub>-Emission erst einmal auf dem Markt ermittelt – so die Idee über die Zukunft des Mittelstandes in Deutschland. Weil die multinationalen Unternehmen die Standortvorteile konsequent ausnützen und weil die zunehmende Globalisierung die Bedeutung der nationalen Wirtschaftspolitik schwinden lasse, sei der Mittelstand für Deutschland enorm wichtig, betonte Späth. Doch um langfristig wettbewerbsfähig zu bleiben, müsse die Produktivität gesteigert werden. Und hier orte Späth ein Problem: «Wir werden immer mehr zur Dienstleistungsnaation, weil wir kein Produktionsland mehr sein können.»

Anhand von Alterskurven lasse sich zeigen, dass in anderen Ländern die Zahl junger Unternehmer schneller wachse als in Deutschland. Deshalb werde es immer schwieriger, Produktivitätsgewinne zu realisieren. «Und genau hier kommt die Innovation ins Spiel»,

# Deiss will die Schweiz wachküssen

Mit dem **«Abbau von administrativen Hürden»** will Volkswirtschaftsminister Joseph Deiss die Schweiz auf den Wachstumspfad bringen

*Die Schweiz braucht mehr Wachstum: Bundesrat Joseph Deiss appellierte in Thun an die KMU-Vertreter, das Unternehmertum zu fördern. Und er gab zu, dass er mit dem Parteiprogramm der SVP Mühe hat.*

ADRIAN KREBS

«Ich bin nicht hier, um Wahlarithmetik zu betreiben.» Gleich zu Beginn des 2. Nationalen Supporter-Forums stellte CVP-Bundesrat Joseph Deiss klar, dass er nicht nach Thun gereist sei, um die jüngsten Entwicklungen rund um die bevorstehende Bundesratswahl zu kommentieren. Stattdessen reiste Deiss ins Berner Oberland, um die helvetische Wirtschaft aus ihrer «Lethargie» aufzuwecken. «Wir brauchen einen Erneuerungsprozess. Wir müssen mehr tun und besser werden», forderte er vor zahlreichen KMU-Vertretern. Der Volkswirtschaftsminister gab sich überzeugt,

dass die Schweiz bald wieder auf den Wachstumspfad einbiegen könne. Einer Studie der Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) hat Deiss nämlich entnommen, dass Europa in Bezug auf die Firmengründungen und die Überlebenschancen von Jungunternehmen mit den USA mithalten könne. Hingegen müsse Europa – und damit meinte er auch die Schweiz – den Hebel beim Wachstum ansetzen.

Hiesige Jungunternehmen wachsen viel weniger schnell als etwa die amerikanischen. Deiss begründete dies mit dem «anderen Unternehmertum», der in den USA vorherrsche. Auf der gegenüberliegenden Seite des Atlantik werde mehr Geld, insbesondere Risikokapital, in aufstrebende Firmen investiert. Um den Wachstumsrückstand wettzumachen, müsse hierzulande das Unternehmertum gefördert werden. Das Potenzial an hoch qualifizierten Arbeitskräften sei gross, man müsse die Leute vermehrt zum Schritt

in die Selbständigkeit ermuntern, forderte Deiss. Seinen Beitrag zur Förderung des Unternehmertums sieht der Volkswirtschaftsminister im «Abbau von administrativen Hürden». Stichworte hierzu seien etwa die Einführung der digitalen Unterschrift oder der leichtere Zugang zu Risikokapital. «Wenn die Unternehmer weniger Zeit für die Bürokratie aufwenden müssen, so haben sie wieder mehr Zeit für produktive Tätigkeiten.»

### Wettbewerbsfeindliche SVP?

Ganz ohne politischen Seitenhieb wollte der Volkswirtschaftsminister die Thuner Wirtschaftsbühne aber doch nicht verlassen. «Ich habe ab und zu Probleme mit dem SVP-Parteiprogramm, das gegen den Wettbewerb ausgerichtet ist», gab Deiss offen zu. Als Beispiel nannte er die Revision des Kartellgesetzes, das «von Seiten Blochers» bekämpft worden sei – und erntete dafür frenetischen Beifall.

Applaus gab es auch für Lothar Späth. Unterhaltsam und rhetori-

sch brillant referierte der ehemalige Ministerpräsident von Baden-Württemberg und heutige Vorstandsvorsitzende der Jenoptik über die Zukunft des Mittelstandes in Deutschland. Weil die multinationalen Unternehmen die Standortvorteile konsequent ausnützen und weil die zunehmende Globalisierung die Bedeutung der nationalen Wirtschaftspolitik schwinden lasse, sei der Mittelstand für Deutschland enorm wichtig, betonte Späth. Doch um langfristig wettbewerbsfähig zu bleiben, müsse die Produktivität gesteigert werden. Und hier orte Späth ein Problem: «Wir werden immer mehr zur Dienstleistungsnaation, weil wir kein Produktionsland mehr sein können.»

Anhand von Alterskurven lasse sich zeigen, dass in anderen Ländern die Zahl junger Unternehmer schneller wachse als in Deutschland. Deshalb werde es immer schwieriger, Produktivitätsgewinne zu realisieren. «Und genau hier kommt die Innovation ins Spiel»,

sagte Späth. Deutschland habe wie die Schweiz zwar gut ausgebildete Arbeitskräfte. Wenn es jedoch um die Umsetzung von Ideen und Konzepten gehe, seien uns die USA noch immer überlegen. Der Unternehmer und Politiker führte dies auf die fehlende Kreativität im Bildungswesen zurück. Von den Professoren forderte er, dass sie die Absolventen besser auf die bevorstehende Aufgabe in der realen Wirtschaft vorbereiteten. Sinnvoll sei auch die Bildung von so genannten Clustern im Umfeld von Universitäten. Der Staat hingegen könne nicht viel mehr tun, als die nötige Infrastruktur bereitzustellen. Unternehmer seien keine Zootiere, die von Beamten aufgezogen würden. Wer erfolgreich sein wolle, müsse «in der freien Wildbahn überleben» können.

Späth forderte die Anwesenden auf, nicht in Selbstmitleid zu versinken. Er plädierte für eine «offene Gesellschaft», die keine Neidkultur zulässt und die unternehmerisches Scheitern akzeptiert.